



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

1/SN-49/ME
A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 920 546/2-II/1/84

An das
Präsidium des
Nationalrates

Parlament
1017 W i e n

DAK (ESETZENTWURF)
12.17
Datum: 1984-02-23
Tracy

Di. H. H. H. H.

Sachbearbeiter
CZABA

Klappe/Dw
636519/3

Ihre GZ/vom

Betrifft: HDG;

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Heeresdisziplingesetz geändert wird;

Allgemeines Begutachtungsverfahren;

Stellungnahme der Sektion II

In der Anlage werden 25 Ausfertigungen der Stellungnahme der Sektion II zu dem vom Bundesministerium für Landesverteidigung am 1. Feber 1984 unter GZ 10.044/48-1.1/84, zur Begutachtung versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Heeresdisziplingesetz geändert wird, zur gefälligen Kenntnissnahme übermittelt.

Beilage

15. Feber 1984
Für den Bundeskanzler:
STIERSCHNEIDER

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

[Signature]



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 92o 546/2-II/1/84

An das
Bundesministerium für
Landesverteidigung

1o3o W i e n

Sachbearbeiter
CZABA

Klappe/Dw
636519/3

Ihre GZ/vom

Betrifft: HDG;

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Heeresdisziplinalgesetz geändert
wird;

Allgemeines Begutachtungsverfahren;
Stellungnahme der Sektion II

Zu dem mit Note vom 1. Feber 1984, GZ 1o.o44/48-1.1/84, übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Heeresdisziplinalgesetz geändert wird, nimmt das Bundeskanzleramt-Sektion II wie folgt Stellung:

Die nunmehr vorgesehene Schaffung eines einheitlichen Strafkataloges sowohl in § 13 Abs.3 als auch in § 72 Abs.1 Heeresdisziplinalgesetz scheint der im Erkenntnis vom 21. Juni 1983, Zl. G 1/83-8, dargelegten Rechtsmeinung des Verfassungsgerichtshofes zu entsprechen, wonach die Androhung von unterschiedlichen Disziplinarstrafen für bestimmte Gruppen von Soldaten als verfassungswidrig angesehen wurde.

Der do. Ansicht, daß durch die im Wehrrechtsänderungsgesetz 1983 hinsichtlich des Dienstverhältnisses der zeitverpflichteten Soldaten enthaltenen Bestimmungen eine Anpassung der §§ 39 Abs.3 und 4o Abs.4 und 6 Heeresdisziplinalgesetz an die neue Rechtslage notwendig geworden ist, ist beizutreten.

- 2 -

Die hiebei in Aussicht genommene Heranziehung von Beamten in Unteroffiziersfunktion als Mitglieder der Disziplinarkommissionen für zeitverpflichtete Soldaten für die nicht mehr in der erforderlichen Zahl zur Verfügung stehenden zeitverpflichteten Soldaten erscheint vertretbar.

Hinsichtlich der beabsichtigten Anpassung der Bestimmungen des Heeresdisziplingesetzes über die Suspendierung (§§ 64 Abs.3 und 65 Abs.3) an die im Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 2. Juli 1982, Zl. G 49/81-14, enthaltene Rechtsansicht wäre eine Angleichung an die entsprechenden Normen des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 - wie bereits im vorliegenden Entwurf vorgesehen - begrüßenswert. Die Neufassung der einschlägigen Bestimmungen im Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 stehen nunmehr seit etwa einem Jahr in Geltung und haben sich in der Praxis durchaus bewährt.

Unter einem werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

15. Feber 1984
Für den Bundeskanzler:
STIERSCHNEIDER

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

